

# Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-  
erhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige. Die Reklamezeile 35 Goldpf.  
Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 20

Altensteig, Samstag den 24. Januar.

Jahrgang 1925

## Zur Lage.

Mit dieser dritten Januarwoche hat das deutsche Volk eine neue Regierung erhalten, und der Reichstag hat nach vier Tage langem Kämpfe diese Neuordnung der staatlichen Dinge in Deutschland bekräftigt. Das Kabinett Dr. Luther, vorwiegend aus Fachleuten bestehend, kann nach seiner politischen Zusammenfassung unzweifelhaft als eine stark nach rechts orientierte Regierung angesehen werden, zumal das Zentrum nur durch zwei Vertrauensleute als Wächtposten darin vertreten ist, im übrigen aber Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei die Träger der neuen Verhältnisse sind. Die Wirtschaftspartei hat sich gleichfalls angeschlossen, ohne beteiligt zu sein. Und doch ist mit dieser parteipolitischen Zergliederung der neuen Regierung noch nicht das Wesentliche gesagt. Denn wir haben das erstmalig ein Reichskabinett, dem ein Reichstanzler vorsteht, der nicht parteipolitisch gebunden war, und der kein Politiker ist. Wir haben ein Reichskabinett, das seiner Zusammensetzung nach zweifellos sehr viele Merkmale in sich trägt, die es zu sachlicher Arbeit befähigen. Schon die erste Regierungshandlung des neuen Reichskabinetts stellt die unzähligen parteipolitischen Prophezeiungen über Dr. Luther und seine Regierung auf den Kopf. Denn die neuen Männer haben eine Neuordnung der Arbeitszeit in den schweren Betrieben des Bergbaus beschließen, die eine soziale Maßnahme darstellt, die von der Wirtschaft schwere Opfer erfordert. Also beileibe keinerlei rückwärtiger Geist!

Das Regierungsprogramm des Reichstanzlers Dr. Luther, das dieser am Montagabend dem Reichstag vortrug, berührt durch seine Sachlichkeit und Gründlichkeit angenehm. Es hat denn auch in der Aussprache niemand daran ernsthaft Kritik gewagt. Allerdings es brachte auch keinerlei Ueberraschungen, zeigte aber den Praktiker in der Regierung, der mit seinen Vorschlägen und Vorlagen sofort bereitsteht. Trotz der ungeheuren Veränderung, die mit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung sich vollzogen hat, wurde kein Wort verlegenden Tadel oder nur auch eines Hinweises bei der Beleuchtung der neuen Aufgaben in der Fortführung der inneren und äußeren Politik nach dem alten Ziel der früheren Regierung gebraucht. Dabei steht jedoch zweifellos fest, daß die neue Regierung mandamental andere Töne reden und andere Wege zu diesen Zielen gehen wird, als eine so schwache Minderheitsregierung, wie Marx sie hatte, oder wie ein Linkskabinett. Es war das Wesentliche an der Regierungserklärung, daß die neue Regierung die mit den Londoner Abmachungen übernommenen Verpflichtungen außenpolitischer Natur übernimmt, daß sie auch in der Kriegsschuldfrage die Aktion des letzten Sommers fortsetzen wird. In der Innenpolitik hat überrascht, daß Dr. Luther den Schutz der republikanischen Verfassung so stark betont. Wer aber die Parteiprogramme der Rechtsparteien kennt und nicht auf die Schlagworte ihrer Gegner festgelegt ist, der weiß, daß diese jede Änderung der Verfassung auf nicht gesetzlichem Wege ablehnen, schon seit Jahren. Nur durch Reichstagsbeschluss kann die Verfassung geändert werden und sie soll es auch in absehbarer Zeit, weil sich allmählich im Verhältnis zwischen Reich und Ländern doch mancherlei geändert hat, als man 1919 beschloß. Dabei steht keineswegs die Frage der Staatsform im Vordergrund. Republik oder Monarchie sind in der Gegenwart nur Schlagworte für den Kampf der Parteigeister und Leidenschaftlichen. Wir haben die Republik durch den Willen des Volkes. Zu ihrem Schutze haben wir nicht nur Reichswehr, Polizei und Beamte, sondern das Volk selbst. Denn dieses kann nur eine gesetzliche Änderung herbeiführen. Dr. Luthers Programm hat somit alle Klippen gefährlicher Parteileidenschaften glücklich umschifft, und er konnte in einer zweiten Rede mit Recht feststellen, daß die neue Regierung die Zustimmung fast des ganzen Reichstags zu ihrem außenpolitischen Programm gefunden habe. In der Innenpolitik werden ja die politischen Geister im Laufe der Zeit scharf aufeinanderzueinander, zumal neben wirtschaftlichen Fragen auch kulturelle zur Entscheidung stehen und die kommende Reichspräsidentenwahl den politischen Kampf nicht zur Ruhe kommen lassen wird. Wenn Dr. Luther sachliche Arbeitsleistung, Sammlung des zertrümmerten deutschen Volkes, Reinigung des öffentlichen Lebens und Erziehung zur Wahrheit und Klarheit für dieses fordert, so traf er die wundeste Stelle.

Mit einer starken Mehrheit — 246 Stimmen gegen 160 bei 39 Enthaltungen — erhielt die neue Reichsregierung die Billigung des Reichstags ausgesprochen. Das ist

Erfolg, wie ihn die letzten Regierungen kaum zu verzeichnen hatten. Es wird zwar darauf hingewiesen, daß der Reichstag dem Kabinett nicht das Vertrauen, sondern die Billigung ausgedrückt habe. Es könne ein leichter Sturm in den Parteien dieses Stimmenverhältnis umstimmen. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß das Zentrum, das mit 50 Stimmen, darunter sogar der frühere Kanzler Marx, für Dr. Luther plädierte, so rasch umfällt, wie es die linken Flügelleute um Wirth wollen. Enthaltend haben sich Demokraten und Nationalsozialisten, während Sozialdemokraten und Kommunisten aus Prinzip ihre Gegnerschaft erklärten. Würde in Preußen auch eine Klärung der Regierungsverhältnisse wie im Reich erfolgen, so wäre der Bestand des neuen Kabinetts sogar überraschend fest gesichert. Die dort noch ungeklärte Frage der Regierungsbildung hat im preußischen Landtag die ganze Woche den Gegenstand des Kampfes gebildet. Zur Stunde steht noch nicht fest, ob vor Wochenschluß die Entscheidung über das Kabinett Braun (Soz.) fällt. Daß der Reichstag nicht das Vertrauen, sondern nur die Billigung für die neue Reichsregierung ausspricht, ist eine Formfrage, hinter der sich allerdings manchmal Parteiinteressen verbergen. An der Sache ändert dies jedoch nichts.

Alle politischen Ereignisse außerhalb der deutschen Grenzpfähle standen in dieser Woche hinter der deutschen Kabinettsfrage zurück. Die Wirtschaftsverhandlungen in Paris gehen still weiter, sind immer noch auf Brechen und Biegen, denn Deutschland kann die französischen Zolltarife nicht annehmen, ohne nicht seinerseits auch Entgegenkommen zu finden. Die nationalpolitische Politik Frankreichs, gegen die Herriot vergeblich und immer schwächer ankämpft, fand in der französischen Kammer ihren berechtigten Ausdruck. Es sieht bei dieser außenpolitischen Aussprache so aus, als ob es tatsächlich um das Kabinett Herriot gehe. Wenn in kommender Woche noch der Senat mit seiner Debatte hinzukommt, in dem die Gegner unter Führung Poincaré und Millaud noch mächtiger sind, so dürfte vielleicht die Schicksalsstunde auch für Herriot schlagen.

In Italien hat Mussolini trotz der Opposition seine Wahlrechtvorlage durchgebracht und die Kammer nach Hause geschickt.

Rußland und Japan haben in aller Stille eine Verständigung über die Ostfrage erzielt, zum großen Erschrecken der im Osten stark interessierten Mächte, besonders Chinas und Englands. Da Amerika auch die Anerkennung Rußlands mit der Zeit vornehmen wird, wendet sich die Aufmerksamkeit mehr dem russischen Reiterreich zu. Daß Trotski festgelegt wurde, beleuchtet jedoch die noch ungeklärten Verhältnisse Sowjetrußlands.

## Sturz der preussischen Regierung?

Berlin, 23. Jan. Im preussischen Landtag wurde am Freitag die Abstimmung über das Mißtrauens- und Vertrauensvotum vorgenommen. Es lag zunächst der kommunistische Mißtrauensantrag vor: Das Staatsministerium besitzt nicht das Vertrauen des Landtags. Für den Mißtrauensantrag stimmten die Kommunisten, Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Nationalsozialisten und die Wirtschaftliche Vereinigung, dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum. Es wurden insgesamt 442 Stimmen abgegeben, davon mit Ja 221, mit Nein ebenfalls 221. Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit und ist also abgelehnt.

Es folgt darauf die namentliche Abstimmung über den deutschnationalen Antrag, der den Ministern Braun, Severing und Siering das Vertrauen entzieht. Die Abstimmungen über die einzelnen Minister werden getrennt. Es wird zunächst darüber abgestimmt, ob dem Kultusminister Ministerpräsident Braun das Vertrauen entzogen werden soll. Es schließt sich daran die Abstimmung über Finanzminister Braun, den Minister des Innern, Severing und den Handelsminister Siering an. Die Abstimmung über Kultusminister Braun ergab 220 Stimmen mit Ja und 217 mit Nein. Das Ergebnis wird von der Rechten mit härmlichem Beifall aufgenommen. Präsident Bartels erklärt den Antrag für abgelehnt, da die Mehrheit bei 450 Abgeordneten 226 betragen müsse. In dieser Mehrheit fehlen also 6 Stimmen. Von der Rechten wird gegen diese Auslegung härmlicher Widerstand erhoben. Bei der Abstimmung über den Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Braun wurden 439 Stimmen abgegeben. Davon lauteten auf Ja 221 Stimmen und auf Nein 218. Präsident Bartels erklärt den Antrag für angenommen, fügt aber hinzu, daß er die Mehrheit nicht erreicht habe. (Stürmischer Beifall und wilder Beifall auf der Rechten.)

## Bericht der Militärkontrollkommission

Paris, 23. Jan. Der Londoner Vertreter der Hansaagentur macht eine Reihe von Angaben über den Inhalt des Schlußberichts der Militärkontrollkommission, der Ende des Monats oder in den ersten Tagen des Februar der Botschafterkonferenz zugehen wird.

Die Kontrollkommission habe ihr völliges Einvernehmen über die von Deutschland begangenen Verfehlungen festgestellt. Obwohl eine amtliche Mitteilung von englischer Seite noch nicht vorliegt, könne versichert werden, daß die maßgebenden englischen Kreise zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß Deutschland die Bestrebungen vom Jahre 1914 nicht aufgegeben habe und daß die Befürchtungen der Verbündeten begründet seien.

Die Kontrollkommission stelle keine Schlussfolgerungen auf, sie begnüge sich damit, Tatsachen mitzuteilen. Deutschland habe die fünf Punkte, die die Botschafterkonferenz in ihrer Note vom 29. September 1922 der Reichsregierung mitteilte, nicht erfüllt. Festgestellt sei:

1. daß in den deutschen Polizeikaserne die Mannschaftsbestände bei weitem die von dem Versailler Vertrag erlaubten Zahlen überschreiten,
2. daß die Munitionsfabriken nur scheinbar auf den Friedensbetrieb umgestellt wurden,
3. daß Deutschland gewisse auf Friedensarbeit umgestellte Fabriken gezwungen hat, Werkzeuge zu verwenden, die es ermöglichen, die betreffenden Fabriken sofort wieder für die Herstellung von Kriegsmaterial zu verwenden,
4. daß Deutschland in den Jahren, in denen es staatliche Unternehmungen an die Privatindustrie übertrug, den Fabrikbesitzern Bedingungen auferlegte, die die erneute Uebernahme dieser Fabriken durch die deutsche Regierung ermöglichen,
5. der große deutsche Generalstab ist heimlich wieder hergestellt worden.

In einigen Fällen, führt das Schlußwort aus, müsse der gute Wille des Reiches offen zugegeben werden, so, was die heimliche Herstellung von 30 000 Gewehren anbelange. Man habe den Eindruck, daß das Reich von dem Vorhandensein dieser Gewehrläufe tatsächlich nichts gewußt und die Polizei mit Nachforschungen beauftragt habe. Es müsse auch zugegeben werden, daß gewisse der festgestellten Verfehlungen nicht besonders schwerwiegend seien und ihre Wiederholung sich vielleicht vermeiden lasse. Was aber sowohl in Paris wie in London als außerordentlich ernst für die Zukunft angesehen wurde, sei der Umstand, daß sämtliche von der Kontrollkommission ermittelten Verfehlungen Zweifel an der Aufrichtigkeit des Reiches entstehen lassen und den offenkundigen Beweis erbrachten, daß Deutschland nach wie vor von der „Vorkriegsgerinnung“ beherrscht werde.

## Angriffe auf Herriots Politik

Paris, 23. Jan. In der französischen Kammer griff der eifrige Abg. Oberkirch ungewöhnlich scharf das Kabinett Herriot an. Nichts hat Deutschland mit größerer Genugtuung erfüllt als seine in London wiedererlangte Wirtschaftsfreiheit. Das Ergebnis ist, daß jetzt ein Zollkrieg ausbrechen wird. Deutschland hat darunter zu leiden, aber wir auch. Zu Herriot gewendet: Sie haben erklärt, daß Sie bereit seien, dem demokratischen Deutschland Vertrauen zu schenken. Wie hat Deutschland Ihnen geantwortet? Am 7. Dezember durch einen Faustschlag ins Gesicht. (Lebhafte Beifall und Bewegung.)

Herriot: Es ist traurig, daß ein eifriger Abgeordneter das dem Leiter des Staates sagt. Meine Ansicht über den politischen und moralischen Zustand Deutschlands ist in den Sähen enthalten, die ich in Chequers mit MacDonald abfasste. Die Haltung, die ich eingenommen habe, beweist, daß ich imstande bin, die Verträge gegen jeden Uebergriff zu verteidigen. Was die Deutschen anbelangt, so stelle ich in Abrede, daß sie grobenteils einer Ausöhnung feindselig gegenüberstehen. Als ich in Genf auf den Bülkerfrieden einarbeitete, habe in Frankreich in keiner Weise geschwächt. Die deutschen Wahlen waren „esma“ mehr nach links gerichtet, als die vorhergehenden.

Der Abg. Pfleger richtet an Herriot die unmittelbare Frage, ob er auch weiterhin die nötigen Maßnahmen ergreifen werde, um Frankreich zu erhalten. Herriot: Ihre Frage, was ich in Genf gemacht habe, übertrifft mich. Der deutsche Reichstag erkennt den Vertrag nicht an, es sagt ihn vielmehr als eine Bedingung auf, deren es sich mit aller Kraft recht halt.



versucht. Das beweist die fortschreitende Rechtsbewegung in Preußen und in Danzig.

Im Laufe der Verhandlung wurde Herriot durch einen scharfen Angriff des zum „nationalen Block“ gehörenden Abg. Houzel, der ihm vorwarf, die Vorteile der Ruhrbesetzung preisgegeben zu haben, zu dem Eingeständnis gezwungen, daß er schon auf der Londoner Konferenz von MacDonald als Gegenleistung für das Versprechen, das Ruhrgebiet zu räumen, die Einwilligung zur Verlängerung der Besetzung von Köln erhalten habe. Dies ist ein neuer, und zwar der schlagendste Beweis dafür, daß die „Nichterfüllung der Entwaffnungspflicht“ nur ein fadenscheiniger Vorwand für die längst beschlossene Besetzungsverlängerung war.

Auf die Angriffe Oberkirchs antwortete Herriot in der Kammer: Heute hat man meine Absichten in Bezug auf die Religionsfreiheit des Elsaß entstellt. Das Elsaß hat nie aufgehört, französisch zu sein. Die Demokratie aber ist es gewesen, die Frankreich das Elsaß wiedergegeben hat. Hierauf erklärte Herriot: Ich billige die auswärtige Politik der jetzigen Regierung. Ich danke ihr dafür, daß sie Frankreich aus der gefährlichen Vereinzelung herausgeführt hat und daß es ihr gelungen ist, die Einigkeit der Verbündeten wieder herzustellen. Ich danke ihr ferner dafür, daß sie es der französischen Vertretung beim Völkerbund in Genf gestattet hat, das wahre Gesicht Frankreichs zu zeigen. Ebenso sehr wie ich die Haltung Herriot's Deutschland gegenüber billige, ebenso sehr glaube ich, daß man Rücksicht auf die Katholiken Frankreichs nehmen muß. Ich habe in Genf mit vielen Freunden gesprochen, die alle erklärt haben, ihr Interesse und das Interesse Frankreichs bestehe darin, beim Vatikan vertreten zu sein. Der Papst habe versprochen, daß er sich den Gesetzen der Republik hinsichtlich der Trennung fügen wolle. Man habe mit ihm hierüber verhandelt. „Wenn Sie morgen die Botschaft beim Vatikan aufgeben, dann werden Sie die guten Katholiken gegen sich haben. Außerdem sollte man nicht außer Acht lassen, daß es Katholiken in der ganzen Welt gibt, auch in Amerika und England. Welche Auswirkungen würde also die Aufhebung der Vertretung beim Vatikan haben? Er befürchtet vielmehr ernste Gefahren und schwere Angelegenheiten.“

Briand erntete starken Beifall von der Rechten und der Mitte.

Herriot ersuchte, die weitere Erörterung zu verlagern. Zu Beginn der nächsten Sitzung werde er das Wort erteilen.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Jan.

Am Freitag begann die Sitzung des Reichstags um 1.35 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des deutsch-polnischen Abkommens über Staatsangehörigkeit und Optionsfragen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) lehnt die Vereinbarungen ab. Wieder seien 30 000 Kleinbäuerliche Besitzer deutschen Stammes von der polnischen Regierung ausgewiesen worden. Der Redner beantragt Rückverweisung der Vorlage an den Auswärtigen Ausschuss.

Abg. Frhr. v. Freytagh-Loringhoven (D.nat.) stellt fest, daß der Vertrag für uns sehr ungünstig sei. Die Materialien lassen erkennen, daß unsere Diplomatie der polnischen nicht gewachsen sei. Der Vertrag gebe den Polen zahlreiche Möglichkeiten zu Schikanen. Der Redner fordert Republiken gegen Polen. Polen gebärde sich mit 40 Prozent fremdstämmigen als Nationalstaat. Es sei wirtschaftlich schwer erschüttert und von Partekämpfen zerrissen. Wir müssen den Deutschen in Polen die Treue halten. Deutschland müsse es ungenommen sein, polnische Uebergriffe gegen Danzig zurückzuweisen, denn Danzig sei und bleibe eine deutsche Stadt. (Beifall.) In den Herzen aller Deutschen in den Grenzbezirken lebe ein glühender Haß gegen Polen. Polen sollte an das Uebelwort denken: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Abg. Dr. Landsberg (Soz.) erklärt, die Rede des Vortredners beweise, wie schwer es den Deutschnationalen falle, aus der Oppositionsstellung herauszukommen. Für unsere Stellungnahme ist entscheidend, daß die Annahme des Abkommens die Lage der Deutschen im jetzigen Polen verbessert. Die Vorlage sollte schleunigst in einem gemeinverständlich gefaßten Merkblatt den Beteiligten zugehen, welche Rechte sie haben.

Abg. Frhr. v. Rheinbaben (D.Bp.): In dieser Frage wählte der Reichstag ein Bild der Geschlossenheit zeigen. Da sind Rückblicke auf längst vergangene Zeiten nicht erlaubt. Wir erkennen nicht die vielen ungünstigen Bestimmungen des Vertrages, aber seine Annahme ist notwendig. Polen ist nun einmal unser Nachbar, mit dem wir eine Verhändigung suchen müssen. Wir wollen diese Verhändigung aber nur auf dem Boden der Gleichberechtigung. In dem Vertrag sehen wir immerhin eine Verbesserung der bisherigen Verhältnisse.

Reichsminister Bewald vom Auswärtigen Amt erkennt an, daß der Vertrag wenig Anlaß zur Freude gebe. Er ist aber eine Auslegung des Versailles Vertrags und darum haben wir bei den Verhandlungen den Polen mit gebundenen Händen gegenüber. Der Vertrag enthält viele unglückliche Bestimmungen, aber er schützt auch andererseits die 30 000 Hektar deutschen Boden in Polen.

Ministerialdirektor Ballroth behauptet, daß in der Debatte scharfe Ausfälle gegen Polen vorgekommen seien. Er wendet sich gegen einzelne Ausführungen des Abg. v. Freytagh-Loringhoven.

Damit schließt die Aussprache. Der Vertrag wird angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Handelsabkommens zwischen Deutschland und Spanien verbunden mit der Beratung des Antrags Scholz (D.Bp.) auf Einsetzung eines Sonderhandelsvertragsausschusses.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird hierauf die Einsetzung eines besonderen Ausschusses für Handels-

verträge beschlossen, dem der deutsch-spanische Vertrag überwiesen wird.

Der Antrag zur Gewerbolosenunterstützung wird in der Fassung des sozialpolitischen Ausschusses angenommen. Die Unterstützungsätze der Gewerbolosenfürsorge werden mit Wirkung vom 1. Februar ab erhöht, d. h. mit der Maßgabe, daß die Spanne zwischen den männlichen und weiblichen Gewerbolosen sowohl in den Einzelbezügen wie in den Höchstätzen wegfalle und der Unterschied in den Unterstützungsätzen für ledige Männer beseitigt wird.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die nächste Sitzung am 3. Februar abzuhalten. Auf der Tagesordnung stehen Anträge zum Achtsundentag.

## Neues vom Tage.

Ein Prozeß des früheren Kronprinzen

Breslau, 23. Jan. In dem Prozeß des früheren Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen wegen Anerkennung des Besitztums des Kronlehens Dels entschied der 8. Zivilsenat des Oberlandesgerichtes zu Gunsten des Kronprinzen. Der Fiskus als Nebenkläger wurde mit seiner Berufungsklage abgewiesen. Der frühere Kronprinz von Preußen ist somit als rechtmäßiger Besitzer anerkannt.

Die Sonnenfinsternis und Amerika

Newyork, 23. Jan. Zur Beobachtung der Sonnenfinsternis am Samstag sind von Seiten der wissenschaftlichen Institute die weitestgehenden Vorbereitungen getroffen worden. Der Zeppelin „Los Angeles“ trat seine 25stündige Fahrt nach Kautuket an. An Bord befinden sich Astronomen der Washingtoner Seefernwarte, die die Sonnenfinsternis studieren und davon auch photographische Aufnahmen machen wollen.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 24. Januar 1925.

\* Der Ev. Volksbund, Ortsgruppe Altensteig, veranstaltet, wie schon bekannt gegeben worden ist, am morgigen Sonntag Abend für seine Mitglieder und ihre Angehörigen einen Familienabend mit Lichtbildern und musikalischen Darbietungen, auf welchen auch an dieser Stelle hingewiesen sei.

— Der 1. März als Totengedenktag. Wie amtlich mitgeteilt wird, soll der 1. März 1925 als Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges begangen werden. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen gebeten, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Lustbarkeiten sollen an diesem Tage nach Möglichkeit unterbleiben. Sämtliche öffentlichen und möglichst auch privaten Gebäude sollen halbmast flagen.

— Gefälschte 10 Dollarnoten. Nach Mitteilung des amerikanischen Konsulats sind gefälschte 10 Dollarnoten auf die Federal Reserve Bank in Cleveland, Ohio, in Umlauf. Die falschen Stücke tragen die Littera „D“ und auf der vorderen Platte die Bezeichnung R. 149 und das Portrait von Jackson. Die Nummer ist D 24 251 081 A. Die seidenen Fäden sind mit roter und blauer Tinte nachgeahmt.

\* Nagold, 23. Jan. (Vortrag und Abschlusfeier.) Am Mittwoch Abend hielt Dr. Haller vom Landesgewerbeamt in Stuttgart einen Vortrag im Gewerbeverein über das Thema: Kartelle, Syndikate, Trusts und das Klein-gewerbe. Anschluß fand eine Abschlusfeier des veranstalteten Meisterprüfungskurses im Gasthaus z. Engel statt. An dem Kurs, der allgemein befriedigte, hatten 4 Nagolder und 15 Auswärtige teilgenommen.

\* Calw, 23. Januar. (Eine Baumwärttervereinigung.) Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen ist es in unserem Bezirk gelungen, eine Baumwärttervereinigung ins Leben zu rufen. Vorstand derselben ist Stadtbaumwart Chr. Kopp. Die Vereinigung hat den Zweck, die Mitglieder durch Vorträge, Demonstrationen, Besuche von Obstgärten in ihrem Verufe zu fördern und ihnen die neuen Erscheinungen und Methoden auf dem Gebiete des Obstbaus zu übermitteln.

\* Freudenstadt, 23. Jan. Der landwirtschaftliche Bezirksverein hielt am Donnerstag nachmittags im Hotel Kappen eine ausgedehnte erweiterte Ausschusssitzung ab, zu welcher auch Generalsekretär Hummel vom Landwirtschaftl. Hauptverband als Redner erschienen war. Den ersten Gegenstand bildete die Frage der Umgestaltung der drei landwirtschaftlichen Genossenschaftlichen Genossenschaften Freudenstadt zu einer solchen im Bezirkskreis, wie sie am 10. Januar durch die Vorstandschaften der Genossenschaft und des landw. Bezirksvereins derorts verhandelt worden war. Der Vereinsvorstand, G. H. Arn-Schopflach berichtete eingehend über die getroffene Vereinbarung, worauf sich zunächst ein reger Meinungs-austausch anschloß. Schließlich über sand der Antrag auf Ausbau der Genossenschaft zu einer solchen des Bezirks mit Zustimmung, worauf der Vorsitzende, Oberamtssekretär Dr. Föveder, und Generalsekretär Hummel die Obmannen aufzorderen, in ihren Ortsvereinen Mitglieder zu werben, damit die Genossenschaft sich rasch zu einer Bezugs- und Abgabegenossenschaft des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Freudenstadt entwickeln könne. Den zweiten Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete ein eingehender, kürzlicher Vortrag von Generalsekretär Hummel über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unserer Landwirtschaft, wie sie durch die Annahme des Dawesguthachtens und die dadurch nötig gewordenen neuen Reichsgesetze, Reichseisenbahn- u. Bankgesetze geschaffen worden sei. Hierauf kam er auf den Schutz und in Verbindung damit auf die Handelsverträge zu sprechen und streifte auch das Steuerwesen. Mehr als je sei in gegenwärtiger schwerer Zeit ein einmütiger

Zusammenschluß der Landwirte dringend geboten. Allgemeiner Beifall lohnte den Redner für seine temperamentvollen Ausführungen, worauf der Vorsitzende seine Mahnung zur Einigkeit noch kräftig unterstrich und ihm den Dank des Vereins aussprach. Mit Worten des Danke für den zahlreichen Besuch schloß er die schon verlaufenen Beratungen.

\* Freudenstadt, 23. Jan. (Eine Wahlversammlung zur Landeskirchentagswahl.) Die Wahl zum Landeskirchentag ist auf Sonntag, den 15. Februar festgesetzt. Die Aufstellung von Kandidaten ist Sache der Kirchengenossen. Es ist gewiß gut, wenn ein Vorschlag nicht von einem kleinen Kreise gemacht wird, sondern von einer möglichst großen Versammlung von Kirchengenossen, aus dem ganzen Bezirk. Es soll deshalb am nächsten Sonntag, den 25. Januar, nachm. 3 Uhr eine solche Kirchenbezirksversammlung im Dreiföhrig, hier abgehalten werden, zu der alle Wahlberechtigten, Männer und Frauen, Zutritt haben.

\* Freudenstadt, 23. Jan. (Tödlicher Unglücksfall.) Lehten Montag machte sich das vierjährige Kind des Martin Schneider, Ziegeleiarbeiters in Wittlenweiler, in Abwesenheit der Mutter am Herd zu schaffen. Dabei fing die Kleider des Kleinen Feuer, das ihn schwer verbrannte, so daß seine Ueberführung nach hiesige Bezirkskrankenhaus mußte, wo das bedauernswerte Kind am nächsten Tage unter großen Schmerzen starb.

\* Wildbad, 21. Jan. Im Jahr 1924 wurden von der Stadt erbaut: 8 Reihenhäuser, 5 Wohnhäuser in Eppollenhaus. Neu erstellt wurden sonst mit städtischen Baudarlehen: 3 Wohnhäuser und 3 Wohnungseinbauten, sowie 1 Wohnhaus in Eppollenhaus. — Die städtischen Gebäude wurden durchgreifend renoviert, das Rathaus mit Zentralheizung versehen. — Das Leitungsgesetz des Elektrizitätswerkes wurde auf die Pargellen Windhof, Ziegelhütte, Hochwiese, Uhländshöhe, Christophshof und Kälbermühle ausgedehnt. — In der Gasfabrik wurde eine Gasabfängeranlage eingebaut und ein Kohlenschuppen erstellt. — Zum Schutze des Stadtwaldes gegen Brandgefahr wurden Feuerlösch-einrichtungen geschaffen und eine Waldfeuerwehr eingerichtet. — An die Einwohner wurden je 3 Raummeter Brennholz zu ermäßigten Preisen abgegeben. — Die obere Uhländstraße beim alten Friedhof wurde verbreitert, der Rembach zwischen den Neubauten und der Rembachstraße überbrückt und auf der Ueberbrückung ein Weg angelegt. — Die Hohenlohestraße beim Palmengarten wurde neu hergestellt. Die Wilhelm- und König-Karlstraße wurden neu beschottert und bewalzt. — Die Fertigung eines neuen zeitlichen Bebauungsplanes über das ganze Stadtgebiet wurde in Angriff genommen. — Der neue Friedhof und das Kriegerdenkmal sind ihrer Vollendung nahe. — Eine größere Anzahl Kinder wurde mit städtischem Zuschuß in Solbäder geschickt. — An eine größere Zahl älterer Leute, die der Heilmittelhilfe überwiehen wurden, wurden aus der Stadtkasse fortlaufende monatliche Unterstützungen bezahlt.

\* Alpirsbach, 22. Jan. Gestern feierte der noch tüchtige Stadtpfleger a. D. Beppler hier seinen 80. Geburtstag. Im Jahre 1876 zum Stadtpfleger gewählt, hat Beppler diesen Posten neben seinem Uhrmacherhandwerk bis zum 1. April 1916, also über 40 Jahre lang versehen. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger war er von 1879—1919 Gemeinderat, auch Kirchengemeinderat und Krankenhausverwalter.

\* Balingen, 22. Jan. (Das „Schwanenwägle“.) Nach und nach rennen sich doch alle durch den Krieg und seine Nachwehen aus dem Gelenk gerissene Glieder unseres Wirtschaftslebens wieder ein. Auch das „Schwanenwägle“, d. h. der Personenomnibus des Hotels zur „Schwane“, hat seinen Betrieb wieder aufgenommen und holt wie in guter Vorkriegszeit die Gäste an der Bahn ab. Durch Einbau einer Zentralheizung ist das Schwanenhotel modernisiert worden und wird zweifellos seinem alten guten Ruf auf neue Ehre machen.

Stuttgart, 23. Jan. (Finanzausschuss.) In der Abendsitzung des Finanzausschusses wurde die Neuordnung der Lehrerbildung beraten. Das Staatsministerium ist in dieser Frage noch zu keiner Einigung gekommen. Während der Unterrichtsverwaltung der Plan vorschwebt, pädagogische Institute und zwar konfessioneller Art zu errichten, dabei die Schülerheime nach Art der bisherigen Seminare beizubehalten und mit den pädagogischen Instituten (Eßlingen, Heilbronn, Gmünd) Lehrerschulen zu verbinden, die übrigen Lehrerseminare jedoch zu höheren Schulen in Form von Aufbauschulen umzuwandeln, in denen die Kinder des flachen Landes zur Hochschulkreise geführt werden sollen, vertritt das Finanzministerium den Standpunkt, daß der gegenwärtige Bildungsgang der Volksschullehrer zu keiner Milderung zwingt. Die Neuordnung würde einen Mehraufwand von 8 Millionen M zur Folge haben und wäre bei dem ungeheuren Personalaufwand des Landes mit etwa 111 Millionen für 1925 nicht tragbar. Man müßte zunächst die Wirkungen des Finanzausgleichs mit dem Reich abwarten. Das Staatsministerium will die Angelegenheit zur öffentlichen Besprechung stellen und erst dann Beschluß fassen. Es wurde mehrere Anträge gestellt, die Entscheidung jedoch verschoben, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Sodann wurde noch die Junglehrerfrage erörtert. Zurzeit gibt es deren 1500 Stellen, aus denen jährlich etwa 200 als Praktikanten verwendet werden. Die Abstimmung über die Anträge wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Eine Ohreige mit tödlicher Folge. Ein Mechaniker von Cannstatt, ein junger, nicht vorbestrafter Mann, kam im Oktober vorigen Jahres vor einer Wirtschaft mit einem angetrunkenen 63 Jahre alten Mann in Streit und verfecht diesem, weil er mit einem Taschenmesser herumfuchtelte, eine kräftige Ohreige. Der Mann fiel mit dem Hinterkopf auf den Randstein, erlitt einen Schädelbruch und starb. Er hatte sich deshalb vor dem Schwurgericht Stuttgart wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem







Altensteig, den 23. Januar 1925.

# DANKSAGUNG.



Für die während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben unvergeßlichen Gatten, unseres lieben Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels

## Paul Beck

Kaufmann

von allen Seiten erwiesene wohlthuende Teilnahme, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, den erhebenden Gesang des Liederkranzes, die ehrenvollen Nachrufe, sowie die schönen Blumenspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte sprechen wir unseren innigsten, herzlichsten Dank aus.

Die Gattin: **Frau Emma Beck** geb. Auer.

Der Neffe: **Karl Beck** mit Frau.

Der Pflugesohn: **Julius Schumacher.**

## Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft Altensteig.

Billigste Preise: Prima Qualität!  
Günstige Zahlungsbedingungen!

Ab Lager lieferbar:

**la Weiß- und Brotmehl**  
Zucker und Salz

**Roggenmehl zu Futterzwecken**

Roggenfuttermehl	Rottke-Samen
Leinmehl	Gesammelmehl
La Plata-Haber	La Plata Mais
Torfmelasse	Maismehl

**Kälberaufzuchtmehl „Trimalin“**  
Futterkalk

in Säcken zu 5 bzw. 4 Kilogramm.

Ferner:

Thomasmehl	Kalifalz
Kalkstickstoff	Rainit, fein u. grob
Schwefel. Ammoniat	Superphosphat 18%

**Roggen und Gerste zum Mahlen**  
bzw. zum Brennen geeignet  
**Torfstreu und Torfmüll**

trifft in den nächsten Tagen ein und können noch Bestellungen hierfür angenommen werden.

Fernsprecher Nr. 58.

Geschäftsstelle.

Ebhäufen.

Empfehle

## Divan, Sofa

### Matrassen und Bettröste

in größter Auswahl.

Ein älterer Sofa

ist äußerst billig abzugeben

**Albertine Noth** z. P.

Lucypho. Nr. 18.

Altensteig.  
Aus frischen Sendungen  
empfehle ich

**Rüffe, Orangen**  
**Almiria-Trauben**  
**Feigen,**

usw. bei billigsten Preisen.  
**Lorenz Pus jr., Tel. 46.**

Altensteig.

7 St. guterhaltene, ältere

## Fenster

gibt ab  
**W. Henzler**  
Sattler u. Tapezier.

Monhardt.

Ein 18 Monat altes so  
wie ein 10 Monat altes

**Zucht-  
Rind**

hat zu verkaufen  
**Martin Hauser.**

**Pfalzgrafenweiler.**  
Verkaufe am Montag  
wegen Futtermangel eine

**Ruh**

unter zwei die Wahl. Eine  
mit dem 3. Kalb, eine 29  
Wochen trächtig  
**Christ. Weber Wtw.**

Einen jungen

**Zucht-  
farren**

verkauft unter jeder Garantie  
**Waidelich,**  
Gemeindefarrenchalter,  
Zwerenberg.

## Haar-

wasser, Kämme,  
Bürsten, Kopf-  
waspulver

## Gesichts-

creme, Seifen etc.

## Körper-

pflagemittel  
aller Art

## Schwarzwaldrogerie

### Frig Schlumberger

Altensteig

gegenüber dem „Gr. Baum“

Habe circa 80—100 Ztr.  
unberegnetes

## Heu u. Stroh

zu verkaufen und sehe schrift-  
lichen Angeboten b. spätestens  
Montag den 26. entgegen.

**Chr. Günther Wtw.**  
z. „Linde“ Nagold.

Nagold.

Ein ordentliches

## Mann

zu Besorgung des Stalles,  
sowie ein kräftiges

## Mädchen

für Haus- und Landwirt-  
schaft sucht auf 1. Febr.

**G. Mayer z. „Krone“.**

Einen Wurf schöne

**Milch-  
schweine**

verkauft am Dienstag Vor-  
mittag 11 Uhr  
**Hauser, Berneck.**

## Bei Rheumatismus!

Gicht, Reiben ist Dr. Ballebs  
australisches Eucalyptusöl  
unentbehrlich.  
Gebr. Benz, Drogerie, Altensteig

## Kirchliche Nachrichten.

3. Sonntag nach dem Erschei-  
nungsfest, 25. Jan., vorm.  
10 Uhr Predigt über

Joh. 7, 44—53: Unser  
Urteilen. Lied 107, 37.

Nachh. Kindergottesdienst.  
Nachm. 1/2 Uhr Christen-  
lehre mit den Töchtern.

Abends 1/8 Uhr Familien-  
abend des Ev. Volksbunds  
im Gemeindehaus.  
Am Mittwoch abend fällt die  
Bibelstunde aus.

## Methodistengemeinde.

Sonntag, 25. Januar vorm.  
1/10 Uhr Predigt, (Pred.  
A. Eisele, Vahlingen) vorm.  
11 Uhr Sonntagsschule,  
nachm. 2 Uhr Jugendbund-  
versammlung.

abends 1/8 Uhr Predigt,  
abends 8 Uhr  
Jugend- und Sing-  
frauen-Verein.

Mittwoch, abends 8 Uhr  
Gebetssammlung.

Wörnersberg — Simmersfeld.

## Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und  
Bekanntes zu unserer am

Dienstag, den 27. Januar 1925  
im Gasthaus z. Anker in Wörnersberg  
stattfindenden Hochzeitsfeier freundl. einzuladen

<b>Jakob Wurster</b> Sohn des † Joh. Gg. Wurster Wörnersberg.	<b>Regine Traub</b> Tochter des † Joh. Adam Traub in Simmersfeld.
--	--

Kirchgang um 1/12 Uhr in Wörnersberg.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung  
entgegen nehmen zu wollen.

Empfehle:

## la Spezial Mullmehl

Brotmehl :. Futtermehl, Kleie  
Mais, Maismehl, Leinmehl  
Torfmelasse · Hafermelasse  
La Plata-Hafer

Ferner bringe mein

## Weinlager

in empfehlende Erinnerung.



**M. Schnierle, Altensteig.**

## Neukirchner Abreißkalender für 1925

empfeilt die

**W. Bickersche Buchhandlung Altensteig**

## Kernleder- Treibriemen

la Qualität, empfiehlt

**Paul Jannasch, Altensteig.**

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

## Geschäfts-Eröffnung

Einem geehrten Publikum von Stadt  
und Land mache ich die Mitteilung, daß  
ich mit dem heutigen Tage in der  
**Freudenstädterstr. 111 ein**

## Tabakwaren-En-gros-Beschäft

eröffnet habe.

Neben einem qualitativ gut sortierten  
Lager in Cigarren, führe ich in Cigaretten  
und Tabaken nur Fabrikate erstklassiger  
gut eingeführter Markenfirmen.

## Wiederverkäufern u. Wirten

ist somit die beste Gelegenheit geboten,  
ihren jeweiligen Bedarf am hiesigen Plage  
einzudecken.

**Reelle Bedienung! Billige Preise!**

Lagerbesuch stets lohnend!

Hochachtungsvoll

## Frig Moser

Tabakwaren en gros

Nagold.

